

**Niederschrift
über die gemeinsame Sitzung
des Jugendhilfeausschusses und des Schulausschusses
am 20.06.2012, 17:30 Uhr, im Ratssaal
des Rathauses der Stadt Eschweiler**

Anwesende Mitglieder des Schulausschusses:

Ratsmitglieder: RM Maus (CDU) als AVors.
RM Schultheis (SPD) als stv. AVors.

Von der SPD: RM Dickmeis, RM Lindner, RM Medic,
RM Zimmermann

Von der CDU: RM Graff, RM Kortz

Von Bündnis 90/Die Grünen: RM Gabriele Pieta

Sachkundige Bürger:

Von der SPD: Frau Kirschvink, Frau Meuthen, Herr Müller

Von der CDU: Herr Kamps

Von der FDP: Frau Göbbels

Von der UWG: RM Waltermann für Frau Olbrich

Stimmberechtigte Mitglieder

Von Verbänden:

Vertreter des Kinderschutzbundes: Frau Kaleß

Beratende Mitglieder:

Vertreter der evang. Kirche: -

Vertreter der kath. Kirche Herr Pfarrer Wienand

Vertreter der städt. Schulen: Schulleiterin Schultes-Zartmann, Schulleiterin
Silbernagel, Herr Schulleiter Schnitzler

Gäste Herr Herzog (Städt. Gesamtschule-Waldschule)

Von der Verwaltung: Herr Kamp, I / RF
Frau Seeger, AL´in 40
Frau Hansen, 40

Schriftführer: Herr Effenberg, 40

Entschuldigt fehlten: RM Olbrich, Herr Pfarrer Theiler, Herr Schulleiter
Meuter, Herr Schulleiter Dr. Mersch

Anwesende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses:**Ratsmitglieder:**

Von der SPD:	RM Medic, RM Liebchen, RM Schyns, RM Wagner
Von der CDU:	RM Kortz, RM Mund
Von der FDP:	RM Theuer i.V. für RM Willms
Von Bündnis 90/Die Grünen:	RM Gabriele Pieta
Von der UWG;	RM Waltermann

Stimmberechtigte Mitglieder:

Vertreter des Kinderschutzbundes:	Frau Kaleß
BDKJ:	Herr Müller
AWO Kreisverband AC-Land e.V.	Herr Haustein
SKF e.V.:	Frau Kogel
Ferienwerk Weisweiler:	Herr Schönnchens

Beratende Mitglieder:

Gesundheitsamt:	Herr Dr. Michels
Richter am Amtsgericht:	-
Vertreter der kath. Kirche	Herr Pfarrer Wienand
Vertreter der städt. Schulen	Frau Schulleiterin Silbernagel
ARGE StädteRegion Aachen	Frau Lauscher für Herrn Schillings

Von der Verwaltung:

Herr Bürgermeister Bertram
 Frau Brettnacher, AL in 51
 Herr Pietsch, 51

Schriftführer:

Herr Effenberg, 40

Entschuldigt fehlten: Herr Pfarrer Theiler, Herr Richter Hillmann

A) Öffentlicher Teil

AVors. Maus eröffnete die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfe- und des Schulausschusses um 17.30 Uhr und begrüßte die Ausschussmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Zuhörer.

AVors. Maus stellte fest, dass die Einladung zur gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfe- und des Schulausschusses sowie die Versendung der Tagesordnung frist- und formgerecht erfolgte.

Des Weiteren stellte er fest, dass mehr als die Hälfte der Mitglieder der beteiligten Ausschüsse anwesend waren und dass die Zahl der anwesenden Ratsmitglieder die Zahl der anwesenden Sachkundigen Bürger überstieg. Somit war die Beschlussfähigkeit gegeben.

Änderungswünsche zur Tagesordnung wurden nicht vorgetragen, sodass die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten wurde:

Tagesordnung		Vorlagen-Nummer
A	Öffentlicher Teil	
A 1	Bestellung eines Schriftführers	185/12
A 2	Einführung und Verpflichtung eines Ausschussmitgliedes	130/12
A 3	Bildung und Teilhabe in Eschweiler a) Sachstandsbericht zur Abwicklung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Eschweiler b) „Bildungskarte nach Plöner Modell“, Antrag der UWG-Fraktion vom 24.04.2012	191/12
A 4	Erfahrungsbericht über den Einsatz von Schulsozialarbeiterinnen und –sozialarbeitern in städtischen Schulen	200/12
A 5	Perspektiven von Schulabsentismus sowie Ergebnisse einer Umfrage an Eschweiler Schulen	194/12
A 6	Darstellung des Bundeskinderschutzgesetzes (BKisSchG) sowie Erläuterungen zum Umsetzungsstand beim Jugendamt Eschweiler	193/12
A 7	Erster Städteregionaler Bildungsbericht	166/12
Ende der gemeinsamen Sitzung und Fortführung der Sitzung des Schulausschusses		
A 8	Genehmigung einer Niederschrift	-ohne-

A 9	Räumliche Situation und Bestandspflege an der Gesamtschule Waldschule	201/12
A 10	Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes -Ortsverband Eschweiler e.V.- auf einen städtischen Zuschuss für die Betreuung von Grundschulkindern an fünf Grundschulen im Schuljahr 2012 / 2013	090/12
A 11	<u>Anfragen und Mitteilungen</u>	-ohne-
B	Nichtöffentlicher Teil	
B 1	<u>Anfragen und Mitteilungen</u>	-ohne-

A 1) Bestellung eines Schriftführers **VV-Nr. 185/12**

Die Mitglieder des Jugendhilfe- und des Schulausschusses stimmten dem nachstehenden Beschluss einstimmig zu:

Herr Michael Effenberg wird für die gemeinsame Sitzung des Schulausschusses und des Jugendhilfeausschusses am 20.06.2012 sowie für die Sitzungen des Schulausschusses zum Schriftführer bestellt.

Der zuständige Fachdezernent wird ermächtigt festzusetzen, welcher Schriftführer jeweils zu amtieren hat.

A 2) Einführung und Verpflichtung eines Ausschussmitgliedes **VV-Nr. 130/12**

Der sachkundige Bürger **Thorsten Müller** wurde durch den **AVors. Maus** eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

Herr Müller sprach folgende Verpflichtungsformel: „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Eschweiler erfüllen werde.“

A 3) Bildung und Teilhabe in Eschweiler

- a) **Sachstandsbericht zur Abwicklung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Eschweiler**
- b) **„Bildungskarte nach Plöner Modell“, Antrag der UWG-Fraktion vom 24.04.2012**

VV-Nr. 191/12

RM Schultheis legte dar, dass das Bildungs- und Teilhabepaket in Eschweiler gut eingeführt wurde. Die Anregung, das Plöner Modell auf das Stadtgebiet Eschweiler zu übertragen, sei seiner Meinung nach nicht umsetzbar.

RM Waltermann erklärte, die Einleitung der notwendigen Verfahrensschritte für eine lokale Umsetzung des Plöner Modells obliege der Städteregion Aachen. Die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt habe ihn erst am 18.06.2012 erreicht und eine Entscheidung der Städteregion Aachen stehe noch aus. Er schlug vor, sich zu gegebener Zeit erneut mit der Thematik zu beschäftigen.

Herr Kamp wies auf die unterschiedlichen Voraussetzungen in Plön im Vergleich zur Stadt Eschweiler hin. In der Stadt Plön werde mit einem Gutscheinsystem gearbeitet und dort sei ein Unternehmen mit der Umsetzung beschäftigt; dieses habe jedoch auch ein wirtschaftliches Interesse.

RM Mund erklärte, nach Auffassung der CDU bestehe nicht die Notwendigkeit einer Änderung der derzeitigen Verfahrensweise. Die Umsetzung des Projektes „Bildungs- und Teilhabepaket“ in Eschweiler sei sicherlich ausbaufähig; allerdings sei eine erneute Änderung kontraproduktiv.

RM Waltermann legte dar, dass die Anfrage der UWG-Fraktion auf dem Hinweis, größere Städte seien an einer Umsetzung des Plöner Modells interessiert, basierte. Er verwies nochmals auf die ausstehende Stellungnahme der Städteregion Aachen.

Im Übrigen nahmen die Mitglieder des Schulausschusses und des Jugendhilfeausschusses die Sachverhaltsausführungen in der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

Redaktioneller Hinweis: Die Stellungnahme der Städteregion Aachen ging zwischenzeitlich ein und ist als Anlage beigelegt.

A 4) Erfahrungsbericht über den Einsatz von Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeitern in städtischen Schulen **VV-Nr. 200/12**

Herr SL Schnitzler erläuterte, die Schulsozialarbeiter/innen an Grundschulen seien später als an anderen Schulen eingesetzt worden. Die Schulleitungen seien in den Prozess eingebunden gewesen und man habe gute Ergebnisse erzielt. Er erlebe die an seiner Schule eingesetzte Sozialarbeiterin regelmäßig als engagierte Mitarbeiterin.

RM Schultheis betonte, Herr Bürgermeister Bertram habe den Einsatz von Schulsozialarbeiterinnen / -sozialarbeitern bereits vor Jahren befürwortet und dankte ihm für sein Engagement.

Frau Seeger sprach Herrn Numann, dem anwesenden Vertreter des VaBW, ihren Dank für die erfolgreiche Zusammenarbeit in Bezug auf die Beschäftigung von Sozialarbeiterinnen bzw. -sozialarbeitern aus.

Herr Bürgermeister Bertram wies die anwesenden Ausschussmitglieder darauf hin, dass die Beschäftigung der Sozialarbeiter/innen über das Bildungs- und Teilhabepaket nur mittelfristig gesichert ist. Er sprach sich für nachhaltige Sicherung dieser Beschäftigungen aus und appellierte an die Politiker, sich hierfür auch politisch auf Landesebene einzusetzen.

Der an der städtischen Gesamtschule – Waldschule – eingesetzte Sozialarbeiter, **Herr Horndt**, schilderte unter Zuhilfenahme einer PowerPoint-Präsentation seine Erfahrungen aus der Praxis und zeigte einige Alltagsbeispiele auf.

Die Mitglieder des Schulausschusses und des Jugendhilfeausschusses nahmen die Sachverhaltsausführungen in der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

A 5) Perspektiven von Schulabsentismus sowie Ergebnisse einer Umfrage an Eschweiler Schulen **VV-Nr. 194/12**

Herr Pietsch stellte sich kurz vor und präsentierte die Ergebnisse einer vor einiger Zeit durchgeführten Befragung der Eschweiler Schulen zum Thema „Schulabsentismus.“ Er wies darauf hin, dass einige Antworten nach der Präsentationserstellung eingegangen seien. Eine Aktualisierung der aufgezeigten Zahlen sei demzufolge erforderlich.

Herr Horndt ergänzte den Vortrag des Herrn Pietsch, indem er darlegte, dass bereits vor Jahren in der Hehlrather Straße ein Projekt mit dem Titel „BUS“ und mit dem Ziel, betroffenen schulumüden Schülerinnen/Schülern den Unterricht zu ermöglichen, durchgeführt wurde. Er legte zudem die grobe Unterscheidung verschiedener Schulverweigerungsformen dar und erklärte, die in Eschweiler festgestellten Daten würden durch einschlägige Fachliteratur bestätigt; zusätzlich seien etwa 10 % der Schüler/innen zwar körperlich anwesend, verweigerten jedoch faktisch den Unterricht.

RM Göbbels bat um Erklärung der Zusammensetzung der in der Präsentation gezeigten Daten; sie schilderte, ihrer Erfahrung nach würden viele Schüler/innen Fächer wie Religion oder Sport meiden. Zudem äußerte sie die Vermutung, dass der Überhang der weiblichen vom Schulabsentismus betroffenen Schüler auf die in der Schule erlebte Freiheit muslimisch-gläubiger Schülerinnen zurückzuführen sein könnte und erklärte, ihrer Kenntnis nach würden verschiedene Ärzte Kindern zu häufig ein Schulunfähigkeitsattest ausstellen.

Herr Pietsch erläuterte, die aufgezeigten Daten seien nur pauschal erhoben worden. Den Hinweis auf einen möglicherweise religiösen Hintergrund der Schulverweigerung nahm er zur Kenntnis. Er erklärte zudem, es seien nur die unentschuldigten Fehlstunden erhoben worden; insofern seien die durch ein ärztliches Attest begründeten entschuldigten Fehlstunden nicht erfasst worden.

Herr Horndt ergänzte, in Verdachtsfällen werde gegebenenfalls Kontakt mit dem attestierenden Arzt aufgenommen. Die Ärzte seien bislang stets kooperativ gewesen.

RM Schultheis äußerte, Netzwerke zwischen Lehrern und Sozialarbeitern hätten sich in der Vergangenheit bewährt. Insbesondere die städtische Gesamtschule Eschweiler sei ein Beispiel für die positive Zusammenarbeit in diesem Bereich.

RM Liebchen fragte, warum keine Rückmeldung der Bischöflichen Liebfrauenschule vorlag.

Herr Pietsch erklärte sich bereit, diesbezüglich Kontakt mit der Schule aufzunehmen. **RM Liebchen** bat darum, die dort erhobenen Daten in die Präsentation einzupflegen und diese der Niederschrift als Anlage beizufügen.

RM Schyns erklärte, er habe im Rahmen einer Veranstaltung in der städt. Realschule Patternhof Kontakt mit verschiedenen Arbeitgebern aus Eschweiler aufgenommen. Diese hätten erklärt, bei Neueinstellungen auch unentschuldigte Fehlstunden zu berücksichtigen. Daran werde deutlich, welche Auswirkungen die Aussage über unentschuldigte Fehlstunden haben könne.

Herr SL Schnitzler legte kurz die Historie der Befragung einschließlich der Diskussion in der Schulleiterkonferenz (unklare Begrifflichkeiten, willkürliche Kategorisierung, unklarer Umgang mit den erhobenen Daten) dar. Er wies darauf hin, dass die globale Betrachtung des Problems sinnvoll war; in den einzelnen Fällen müsse jedoch individuell reagiert werden.

RM Waltermann dankte Herrn Schnitzler für seine Ausführungen, denen er sich inhaltlich anschloss.

Herr Dr. Michels wies abschließend darauf hin, dass eine Ursache für den Absentismus mit steigender Dauer des Fernbleibens vom Unterricht schwerer zu ergründen sei. Er sprach sich für eine möglichst frühzeitige Behandlung aus.

Die Sachverhaltsausführungen in der Verwaltungsvorlage wurden von den Mitgliedern des Schulausschusses und des Jugendhilfeausschusses zur Kenntnis genommen.

A 6) Darstellung des Bundeskinderschutzgesetzes (BKisSchG) sowie Erläuterungen zum Umsetzungsstand beim Jugendamt Eschweiler VV-Nr. 193/12

RM Mund dankte für die zur Verfügung gestellte Gegenüberstellung. Sie bat um Mitteilung, ob die in § 72a BKisSchG enthaltene Regelung (Erfordernis eines Führungszeugnisses) auch für die Unterbringung in Familien z.B. im Rahmen einer Städtepartnerschaft gelten soll.

Herr Pietsch erklärte, die Vorgaben für ehrenamtlich tätige Personen würden gemäß Mitteilung des Landschaftsverbands Rheinland noch konkretisiert; eine Entscheidung der zuständigen Gremien stehe noch aus.

Frau Seeger schilderte, dass in der Partnerstadt Reigate & Banstead die Vorlage eines Führungszeugnisses gefordert worden sei, was die Unterbringung in Familien erschwert habe.

RM Schyns wies darauf hin, dass sich eine derartige Forderung als schwierig herausstellen könnte und bat um nähere Information nach Entscheidung in den entsprechenden Gremien. Er thematisierte zudem das Erfordernis einer Führungszeugnisvorlage für Familienhebammen und fragte, wie dies organisatorisch umgesetzt werden soll.

Herr Pietsch erläuterte diesbezüglich existiere bereits eine Arbeitsgruppe auf städteregionaler Ebene. Seiner Kenntnis nach solle zunächst ein Forschungsinstitut beauftragt werden.

Bezogen auf Eschweiler sei eine Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt, das zudem die Fachaufsicht für Hebammen innehatte, vorgesehen.

RM Kortz bat um Mitteilung, ob die Regelungen des § 79 BKiSchG in der neuen Vereinbarung bereits berücksichtigt seien. Herr Pietsch erklärte, die Regelungen des § 79 BKiSchG seien nicht neu; allerdings seien neue Begriffsbezeichnungen genutzt worden.

Die Mitglieder des Schulausschusses und des Jugendhilfeausschusses nahmen die Sachverhaltsausführungen in der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

A 7) Erster Städteregionaler Bildungsbericht

VV-Nr. 166/12

RM Schultheis erklärte, er begrüße den Bildungsbericht; dieser sei sehr umfangreich, beziehe sich jedoch nur auf einen bestimmten Fixpunkt. Er bat um entsprechende Fortschreibung.

Herr Kamp dankte Frau Seeger für ihr Engagement bei der Begleitung der Bildungsbereichterstellung. Er wies darauf hin, dass die Fortschreibung einen erheblichen Zeit- und somit auch Personaleinsatz erfordere. Die Fortschreibung des Bildungsberichtes sei sinnvoll, jedoch seien die Personalkapazitäten des Amtes für Schulen, Sport und Kultur nahezu ausgeschöpft.

Die Mitglieder des Schulausschusses und des Jugendhilfeausschusses nahmen den ersten Städteregionalen Bildungsbericht zur Kenntnis.

Vor Beendigung der gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfe- und des Schulausschusses wies **Frau Brettnacher** die Anwesenden auf ein in Kürze stattfindendes kostenfreies, integratives Projekt für Menschen mit und ohne Handicap hin. Sie bat zudem darum, die zur Verfügung gestellten Flyer entsprechend zu publizieren.

Die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfe- und des Schulausschusses endete um 18:45. Nach einer Pause wurde die Sitzung des Schulausschusses um 18:55 Uhr fortgesetzt.

Anlagen:

- 1.) Stellungnahme der Städteregion Aachen
- 2.) Präsentation des Jugendamtes